

Klaus-Peter Flosbach

- (A) große Diskussion zu diesem Thema –; aber Sie wissen alle genau, dass 90 Prozent aller Steuernachzahlungen bei einer Selbstanzeige, inklusive der 5 Prozent Strafbühne, geringer sind als nach dem Steuerabkommen mit der Schweiz. Mit diesem Abkommen hätten wir 21 bis 41 Prozent aller Vermögen bekommen. 56 Prozent aller Konten in der Schweiz sind älter als zehn Jahre; diese erfassen wir mit der Selbstanzeige nicht. Der Bund hätte mindestens 10 Milliarden Euro eingenommen.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Mondzahlen!)

Die Steuergewerkschaften – gehen Sie einmal auf deren Homepages – gehen von der dreifachen Höhe aus. Weil Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, diesem Abkommen nicht zugestimmt haben, müssen wir allein wegen Verjährung auf 6 bis 15 Milliarden Euro verzichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Von allen Erbschaften, bei denen das Konto nicht bekannt ist, hätten wir 50 Prozent erfasst, und in Zukunft wäre die Besteuerung die gleiche gewesen wie in Deutschland.

Ich komme zum Schluss. Viele verlassen Deutschland, darunter Sportler wie Vettel und Schumacher. Ich finde das traurig. Es tut sehr weh, dass Leute, die hier Erfolg gehabt haben, das Land verlassen. Aber das Schlimmste ist, wenn Rot, Grün oder Dunkelrot mit ihrer Vermögensteuer hier jetzt noch zugreifen wollen.

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Herr Kollege.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Die Steuerehrlichen, die ihren Wohnort in Deutschland haben, wollen Sie mit Ihrer Vermögensabgabe

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Jetzt sind wir noch schuld!)

von 5 Prozent jährlich enteignen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Sie decken Kriminelle!)

Wenn diese Vermögensteuer umgesetzt wird, gibt es keine Investitionen mehr in Deutschland, und noch mehr Leute werden das Land verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen, bitte.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Schwarz-Gelb will diesen Staat sicher und stabil halten; das ist unser Anspruch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Steuerhinterziehung ist asozial!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Joachim Poß das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Guten Morgen, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zum Antragsteller. Herr Gysi, zu Ihrem Repertoire gehörte schon immer die Geschichtsklitterung – bei all Ihren Reden natürlich rhetorisch sehr gut ausgeschmückt. Das praktizieren natürlich auch andere: So hat sich Frau von der Leyen hier gestern als Erfinderin des Mindestlohnes stilisiert.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Bei ihr stimmt es auch!)

Das kann man Ihnen so nicht durchgehen lassen.

Nach der Bundestagswahl 2002 war die Linke hier nur noch mit zwei Abgeordneten vertreten. Vielleicht ist im kollektiven Gedächtnis der Partei deshalb nicht so recht verankert, dass Rot-Grün 2002 in der Koalitionsvereinbarung die Aufhebung des Bankgeheimnisses verabredet hat. Weil ich ziemlich viel damit zu tun hatte, weiß ich das noch so genau. Wir haben das im Bundestag durchgesetzt. Es ist dann im Bundesrat an Schwarz-Gelb gescheitert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kompromiss, der herauskam, war der sogenannte Kontenabruf.

Schauen Sie sich als nächsten Punkt die sogenannte Deregulierung auf den Finanzmärkten in Deutschland genau an, und zählen Sie doch einmal die Anzahl der Hedgefonds, die sich anschließend in Frankfurt oder wo auch immer niedergelassen haben! Sie wissen genau, dass die Debatte, die Sie da führen, eine Phantomdebatte ist.

Eichels Brücke zur Steuerehrlichkeit – von Ihnen angesprochen – setzte natürlich eine Aufhebung der Anonymität voraus.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da mussten die Leute die Hosen herunterlassen. Das deutsch-schweizerische Abkommen von Schwarz-Gelb sollte dagegen geschaffen werden, um den Steuerkriminellen die Anonymität zu belassen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten lassen uns von Ihnen hier nicht in einen Topf mit anderen werfen. Das sage ich ganz klar.

Nun komme ich zu den Ankündigungspolitikern von Schwarz-Gelb. Die überbieten sich ja jeden Tag mit neuen Ankündigungen. Der Minister wird auf dem Feld jetzt richtig aktiv. Bis vor einem halben Jahr hat man mit

(C)

(D)

Joachim Poß

- (A) Ausnahme dieses verkorksten Steuerabkommens mit der Schweiz kaum etwas von ihm zu diesen Fragen gehört.

(Manfred Zöllmer [SPD]: So ist es!)

Das Urteil zum Steuerabkommen mit der Schweiz ist gesprochen. Das werden Sie auch nicht mehr korrigieren können,

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sind Sie Richter?)

weil spätestens nach dem jetzt bekannt gewordenen prominenten Fall, als Uli Hoeneß eingestand: „Ich habe darauf gewartet, dass dieses Abkommen kommt“, den Leuten klar wurde, was das eigentlich bedeutet hätte. Dieses Abkommen kam aber nicht, und dann mussten andere Wege gesucht werden.

(Holger Krestel [FDP]: Er hätte aber genauso viel gezahlt! Das sagen Sie aber nicht!)

Herr Flosbach, Sie versuchen, den Schwarzen Peter bei anderen zu finden: bei der Europäischen Kommission, der OECD, den G 20, Liechtenstein, Österreich, Großbritannien. Der Schwarze Peter hat bei Ihnen viele Namen, weil Sie einen Schuldigen suchen: für den jahrelangen Stillstand im Kampf gegen Steuerhinterziehung, den Sie zu verantworten haben,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Elf Jahre SPD-Minister!)

- (B) für die Blockade der Verhandlungen zur europäischen Zinsrichtlinie und für die Steuerschlupflöcher für Reiche und Großkonzerne.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Den haben wir mit Steinbrück gefunden!)

Ich warne Sie aber: Der Schwarze Peter geht reihum, und am Ende kommt er zurück. Und das ist auch gut so; denn der Kampf gegen Steuerhinterziehung beginnt vor der eigenen Haustüre, also hier in Deutschland, und hier sind Sie als Koalition zuständig. Dieser Verantwortung entziehen Sie sich.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn jetzt nach all der Aufregung um Offshore-Leaks, neue Steuer-CDs und die Steuerhinterziehung von Prominenten eines deutlich geworden ist, dann das, dass Sie Ihre Verantwortung über Jahre nicht wahrgenommen haben.

(Dr. Birgit Reinemund [FDP]: Elf Jahre SPD-Minister!)

Jetzt versuchen Sie, wie gesagt, wirklich verzweifelt, die Verantwortung abzuschieben.

(Holger Krestel [FDP]: Wer hat denn elf Jahre den Finanzminister gestellt? Sie reden doch um den Sachverhalt herum!)

Einen Kronzeugen für den bisherigen Kuschelkurs gegenüber Steuerkriminellen nennt heute Deutschlands

- auflagenstärkste Tageszeitung. Ein Schweizer Banker aus Zürich wird mit den Worten zitiert: (C)

Zum Glück ist die deutsche Regierung nicht so entschlossen wie die amerikanische ...

Das zeigt doch wieder einmal: Sie selbst haben den Stillstand im Kampf gegen Steueroasen ganz stark mitzuverantworten. Sie haben zu verantworten, dass den deutschen Steuerflüchtlingen in der Schweiz über Monate die Hoffnung auf ewige Anonymität gemacht wurde. Sie haben die Verantwortung für die gescheiterten Verhandlungen zur europäischen Zinsrichtlinie zu tragen. Sie haben der Schweiz eine Privilegierung angeboten, die Österreich und Liechtenstein dann auch für sich gefordert haben.

Inzwischen kommen Sie langsam wie ein überzeugter Wendehals zur Vernunft, aber nicht aus eigener Einsicht, sondern weil der öffentliche Druck Tag für Tag steigt, und fordern jetzt den automatischen Informationsaustausch als neuen Standard, den Sie mit dem Deutsch-Schweizer Abkommen systematisch unterlaufen wollten. Das hat doch die *Neue Zürcher Zeitung* berichtet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Gehört die Schweiz zur Europäischen Union?)

Die Strategie der Schweizer Regierung – das stand in der *Neuen Zürcher Zeitung* –, die europäischen Regierungen gegeneinander auszuspielen, ist an der deutschen Opposition gescheitert. Jawohl, an der deutschen Opposition und an nichts anderem ist sie gescheitert! (D)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Thomas Gambke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen einen automatischen Informationsaustausch für alle Kapitaleinkünfte und für alle juristischen und natürlichen Personen.

Beim Jahressteuergesetz 2013 waren sich Bund und Länder im Vermittlungsausschuss schon einig, wie man Steuerbetrug in Deutschland bekämpfen kann. Wir könnten zum Beispiel das Außensteuergesetz ändern. Dann könnten wir Einkommen aus ausländischen Familienstiftungen denjenigen zurechnen, die ihr Geld in diese Stiftungen gesteckt haben, und somit diese Einkünfte endlich der vollen Besteuerung zuführen. Wir könnten auch endlich den automatisierten Informationsaustausch im EU-Amtshilfegesetz einführen oder endlich den bisher legalen Erbschaftsteuertrick der Cash-GmbHs verhindern. Ihr gestern verabschiedeter Vorschlag fällt leider hinter die bereits getroffene Bund-Länder-Einigung zurück.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Leider!)

Auch wenn es Sie vielleicht wundert: Das alles sind Sachen, die Sie, wenn Sie es mit dem Kampf gegen die Steuerhinterziehung ernst meinten, ganz einfach machen könnten. Ihnen fehlt aber der politische Wille, ernst zu machen. Sie erwecken nur den Anschein, als wollten Sie sich engagieren.

Joachim Poß

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Über die Verhältnisse in Bayern – damit meine ich nicht die Menschen in Bayern, sondern die bayerische CSU – will ich gar nicht reden, also auch nicht darüber, wie es da mit der Steuerfahndung aussieht, die zu 40 Prozent nicht besetzt ist, nicht darüber, dass Herr Seehofer wohl noch nie etwas vom Steuergeheimnis gehört hat. Es gibt dort skandalöse Vorgänge, die man aufarbeiten muss.

Wir müssen auch über die strafbefreiende Selbstanzeige reden, die Sie nicht antasten wollen. Sie kommt aus einer Zeit, in der der Staat nur hoffen konnte, dass sich Steuerbetrüger von selbst stellen. Aber diese Zeiten sind vorbei. Der Wind hat sich gedreht. Steuerbetrüger geraten an vielen Stellen immer mehr unter Druck. Wenn jetzt noch jemand die Selbstanzeige nutzt, dann doch nur, weil er weiß, dass er in Bälde so oder so enttarnt wird.

Wir stellen uns die Beibehaltung der Selbstanzeige für eine Übergangsfrist und dann eine ganz starke Einschränkung bis auf Bagatellfälle vor. Das ist unser Konzept. Das sage ich hier ganz offen, weil in der Öffentlichkeit unterschiedliche Eindrücke aufgekommen sind. Unser Konzept knüpft an das Konzept an, das die SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2010 in den Deutschen Bundestag eingebracht hat.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Fangen Sie also endlich an, Ihre Hausaufgaben zu machen. Schließen Sie umgehend die Steuerlücken, die Sie als Gesetzgeber auch ohne internationale Hilfe schließen können. Es ist nämlich schlicht falsch, wenn Schäuble, Rösler, Wissing und Co behaupten, man könne ohne internationale Partner gar nichts ausrichten. Streichen Sie nicht das Jahressteuergesetz zusammen, sondern stimmen Sie der Vorlage im Vermittlungsausschuss zu, wenn Sie es mit dem Kampf gegen Steuerhinterziehung ernst meinen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Dr. Volker Wissing das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer diese Sitzungswoche, die bisherige Debatte und insbesondere die Beiträge der Opposition

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Sehr gute!)

verfolgt hat, der fragt sich, warum man zu einem so wichtigen Thema so viel Unsinn von sich geben kann.

- (C) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Sehr gute Beiträge!)

Herr Gysi stellt sich hier an das Mikrofon und erklärt der deutschen Öffentlichkeit, noch keine Bundesregierung habe etwas Nennenswertes gegen Steuerhinterziehung getan. Herr Gysi, das ist ein so geballter Unsinn. Bisher hat jede Bundesregierung nach Kräften gegen Steuerhinterziehung gekämpft. Das ist die Wahrheit, und das wissen Sie auch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: So getan als ob!)

Es gab allerdings unterschiedliche Konzepte. Die Sozialdemokraten hatten für das Problem mit der Steuerflucht in die Schweiz den Vorschlag, dass diejenigen, die sich freiwillig melden, mit einer Besteuerung von 15 Prozent pauschal abgegolten werden; diejenigen, die sich nicht melden, konnten selbstverständlich in der Anonymität bleiben und brauchten nichts zu bezahlen. Das Konzept, das wir ausgehandelt haben, war, dass alle lückenlos besteuert werden – dem könnte sich also keiner mehr entziehen –, und zwar mit Steuersätzen zwischen 21 und 41 Prozent.

Das sind unterschiedliche Konzepte. Wir sagen: Lückenlose Besteuerung ist gerechter; jeder soll bezahlen. Sie hingegen sagen: Bezahlen sollen nur diejenigen, die sich freiwillig melden, oder diejenigen, die man erwischt. Auch wenn diese Ansätze unterschiedlich sind, ist das Ziel das gleiche: Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Man kann es lückenhaft oder lückenlos machen. Wir waren und bleiben für eine lückenlose Besteuerung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Lückenhaft? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Jetzt rufen Sie wieder herein: Aber nach Ihrem Konzept wären die Steuerhinterzieher anonym geblieben. Ja, das stimmt. Wenn man sich nämlich für den Weg des lückenlosen Besteuerns entscheidet, ist die Anonymität die Kehrseite der Medaille; denn die Schweiz kann ihre Gesetze nicht rückwirkend ändern.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Ich denke, Sie wollen den Informationsaustausch haben! Was wollen Sie denn jetzt?)

Sie sollten aufhören, dagegen zu argumentieren; denn alles, was Sie gegen unsere Argumente sagen, ist entweder Lüge oder Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dafür ist dieses Thema wirklich zu ernst.

(Joachim Poß [SPD]: Was will denn die Koalition? – Zuruf von der LINKEN: Winkeladvokat!)

– Jetzt ruft hier jemand „Winkeladvokat“.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Genau, Winkeladvokat!)

(D)